

Wegenutzungsvertrag Gas

zwischen

1. der Stadt Neustadt am Rbge.,
vertreten durch den städtischen Direktor Ernst Kerger,

- im folgenden „Stadt“ -

und

2. der **Stadtwerke Neustadt a. Rbge. GmbH & Co. KG**
vertreten durch die Stadtwerke Neustadt a. Rbge. Verwaltungs-GmbH, diese
vertreten durch den Geschäftsführer Helmut Eisbrenner,

- im folgenden „Gesellschaft“ -

für das Stadtgebiet Neustadt am Rbge. ohne die Stadtteile Mardorf und Schneeren.

§ 1

Benutzung öffentlicher Verkehrswege

- (1) Die Stadt gestattet der Gesellschaft, alle im Stadtgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege und Plätze), über die ihr die Verfügungsbefugnis zusteht, für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen zur Verteilung von Gas im Stadtgebiet zu benutzen. Dieses Nutzungsrecht gilt auch für Leitungen, die nur teilweise der Verteilung von Gas im Stadtgebiet dienen.

Für die übrigen Grundstücke und Bauwerke der Stadt sowie für Leitungen, die nicht der Verteilung von Gas im Stadtgebiet dienen, ist die Stadt bereit, ein entsprechendes Nutzungsrecht zu vereinbaren; die Einzelheiten sind in einem Gestattungsvertrag zu regeln.

- (2) Leitungen im Sinne dieses Vertrages (im Folgenden auch „**Verteilungsanlagen**“ genannt) sind alle Gasverteilungsnetze und -anlagen samt deren Zubehör, insbesondere Mess-, Steuer- und Telekommunikationsleitungen und -anlagen.
- (3) Die Stadt erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, städtische Grundstücksflächen, die von der Gesellschaft für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen zur Verteilung von Gas im Stadtgebiet benötigt werden (Abs. 1 Satz 1), an die Gesellschaft zu ortsüblichen Preisen (in der Regel zum Verkehrswert) zu veräußern oder der

Gesellschaft dingliche Nutzungsrechte auf Kosten der Gesellschaft gegen eine angemessene Entschädigung einzuräumen, soweit Interessen der Stadt nicht entgegen stehen.

- (4) Für Verteilungsanlagen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Stadt dienen, räumt die Stadt der Gesellschaft auf deren Wunsch ebenfalls beschränkte persönliche Dienstbarkeiten ein, soweit es sich nicht um Verkehrswege handelt. Die Gesellschaft zahlt dabei an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt die Gesellschaft.
- (5) Beabsichtigt die Stadt, Grundstücke, auf denen sich Verteilungsanlagen, die der örtlichen Versorgung dienen, befinden, an Dritte zu veräußern, wird sie die Gesellschaft rechtzeitig vor der Veräußerung hierüber unterrichten. Sofern solche Verteilungsanlagen der Gesellschaft nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Stadt an diesen Grundstücken vor Veräußerung auf Wunsch der Gesellschaft zu deren Gunsten beschränkt persönliche Dienstbarkeiten. Die Gesellschaft zahlt dafür an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe. Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt die Gesellschaft.
- (6) Soweit die Stadt einem Dritten die Verlegung von Leitungen in öffentlichen Verkehrswegen oder sonstigen Grundstücken der Stadt gestattet, wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge tragen, dass sich der Dritte vor Verlegung oder Änderung der Leitungen auf diesen Flächen mit der Gesellschaft über das Vorhaben und Planung sowie die Möglichkeit einer gemeinsamen Verlegung und Nutzung von Leitungen, frühzeitig verständigt. Bei Näherungen, Kreuzungen usw. von Leitungen sollen die Kosten von Schutzmaßnahmen, Leitungsverlegungen usw. von demjenigen getragen werden, der seine Anlagen zuletzt errichtet oder ändert. Die Stadt wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge tragen, dies bei Abschluss von Verträgen mit Dritten sicherzustellen. Für den Fall, dass ihr dies nicht gelingen sollte, wird eine Haftung der Stadt für eventuell entstehende Schäden der Gesellschaft nicht begründet.

Sollte die Gesellschaft im Zuge der Verlegung von Leitungen in öffentlichen Verkehrswegen durch Dritte ihre Verteilungsanlagen vorzeitig erneuern oder Leerrohre verlegen wollen, wird sie sich hierüber mit den Dritten verständigen und eventuelle Mehrkosten für Tiefbauarbeiten tragen.

- (7) Die Gesellschaft verpflichtet sich, vor Verlegung oder Änderung von Verteilungsanlagen auf öffentlichen Verkehrswegen oder sonstigen Grundstücken der Stadt eine Verständigung mit Dritten, denen die Stadt die Verlegung von Leitungen in öffentlichen Verkehrswegen oder sonstigen Grundstücken der Stadt gestattet hat über die Leitungstrasse, insbesondere eine mögliche gemeinsame Verlegung und Nutzung von Leitungen, durchzuführen. Bei Näherungen, Kreuzungen usw. von Leitungen

übernimmt die Gesellschaft die Kosten von Schutzmaßnahmen, Leitungsverlegungen usw., wenn die Gesellschaft die Anlagen zuletzt errichtet oder ändert.

- (8) Die Stadt wird bei allen Dritten gegenüber zu genehmigenden Aufgrabungen und dergleichen darauf hinweisen, dass dort Versorgungsleitungen der Gesellschaft vorhanden sein könnten, deren genaue Lage bei der Gesellschaft zu erfragen ist.
- (9) Bei Leitungsbaumaßnahmen der Stadt oder von Unternehmen, die mehrheitlich im Eigentum der Stadt stehen, setzt sich die Stadt dafür ein, dass die Regelungen des § 5 dieses Vertrages gelten. Entsprechend gleiches gilt für Leitungsbaumaßnahmen von Zweckverbänden, sofern der ausführende Zweckverband die Erfüllung städtischer Aufgaben übernommen hat und die betreffende Baumaßnahme überwiegend der Versorgung in einer oder mehreren Städten dient, in denen ein Konzessionsvertrag mit der Gesellschaft besteht.

Die Stadt wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den Unternehmen, die mehrheitlich im Eigentum der Stadt stehen, den Zweckverbänden sowie der Gesellschaft eine Kooperationsvereinbarung für die Durchführung von Leitungsbaumaßnahmen geschlossen wird, in der die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt werden.

- (10) Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass die für die Vertragslaufzeit des Konzessionsvertrages in Ausübung des Wegenutzungsrechts nach diesem Paragraphen auf den jeweiligen Grundstücken betriebenen und/oder errichteten Verteilungsanlagen von der Gesellschaft nur zu einem vorübergehenden Zweck bzw. in Ausübung eines Rechts an einem fremden Grundstück von der Gesellschaft mit diesen Grundstücken verbunden werden, also sog. Scheinbestandteile darstellen (§ 95 BGB).

§ 2

Aufgaben und Pflichten der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft verpflichtet sich, jedermann im Netzgebiet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an ihr Versorgungsnetz anzuschließen, es sei denn, dass der Anschluss der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht zugemutet werden kann. Das Netzgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der beigelegten Karte (**Anlage1**) "gelb" markiert.
- (2) Im Fall unvermeidbarer Betriebseinschränkungen genießen Einrichtungen der Stadt zur Aufrechterhaltung der Ver- und Entsorgung der Allgemeinheit (Wasserwerk, Kläranlage etc.) beim Anschluss zur Versorgung mit Energie, soweit tatsächlich möglich und rechtlich zulässig, vor anderen Abnehmern innerhalb des Vertragsgebietes den Vorzug.

§ 3

Kommunales Energieversorgungskonzept

- (1) Die Gesellschaft wird auf Antrag der Stadt ein kommunales Energieversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Stadt und etwaigen anderen Versorgungsträgern erstellen bzw. bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes mitwirken.

Die Gesellschaft wird sich selbst bzw. mit Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften an der Ausarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes beteiligen und ihre Erfahrungen, insbesondere über Planung, Organisation und Abwicklung eines solchen gemeinsamen Projektes, jederzeit einbringen. Die Erstellung des örtlichen Versorgungskonzeptes erfolgt durch die Gesellschaft bzw. Beauftragte nach den Vorgaben der Stadt.

Sollten sich im Rahmen des Versorgungskonzeptes wirtschaftliche Möglichkeiten des Einsatzes neuer Techniken ergeben, ist die Gesellschaft grundsätzlich bereit, diese auch zu verwirklichen.

- (2) Die Gesellschaft ist bereit, die Stadt und ihre Bürger im Vertragsgebiet in Fragen der rationellen Energieverwendung zu beraten.

§ 4

Konzessionsabgaben

- (1) Als Entgelt für die nach § 1 Abs. 1 Sätze 1 und 2 eingeräumten Nutzungsrechte zahlt die Gesellschaft an die Stadt Konzessionsabgaben im gesetzlich jeweils höchst zulässigen Umfang. Insbesondere finden künftige gesetzliche Festlegungen zur Abgrenzung zwischen Tarif- und Sondervertragskunden im vorliegenden Vertragsverhältnis unmittelbar Anwendung.
- (2) Der Netzbetreiber wird die Bemühungen der Stadt, im Stadtgebiet einen Grundversorger zu erhalten, der Energielieferungen zu Heizzwecken mit dem höheren Konzessionsabgabensatz abrechnet, im Rahmen des rechtlich Zulässigen unterstützen und fördern. Der Netzbetreiber wird alle in seinen rechtlichen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen ergreifen, damit die Konzessionsabgabenzahlung für Gaslieferungen zu Heizzwecken mit dem höheren Satz erfolgt.
- (3) Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Gas an Letztverbraucher, so sind von der Gesellschaft für die Lieferungen Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie die Gesellschaft in vergleichbaren Fällen für Lieferungen ihres Unternehmens oder assoziierte Unternehmen in diesem Konzessionsgebiet zu zahlen hätte.

- (4) Wird ein Weiterverteiler über öffentliche Verkehrswege mit Gas beliefert, das er ohne Benutzung solcher Verkehrswege an Letztverbraucher weiterleitet, hat die Gesellschaft für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie ohne Einschaltung des Weiterverteilers anfallen würden.
- (5) Absätze 1, 3 und 4 finden Anwendung, solange und soweit die Konzessionsabgaben Netznutzern in Rechnung gestellt werden dürfen (zu beachten sind insbesondere auch die gesetzlichen Vorgaben der § 2 Abs. 5 und § 3 Abs. 1 Satz 2 der derzeit gültigen Konzessionsabgabenverordnung).
- (6) Auf die Konzessionsabgabenzahlungen an die Stadt werden von der Gesellschaft vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von jeweils 25 % des Vorjahresbetrages am Ende des abgelaufenen Quartals geleistet. Die Abrechnung der für ein Kalenderjahr zu zahlenden Konzessionsabgaben erfolgt bis spätestens Ende Juni des folgenden Jahres. Dabei sind die Abrechnung, die ihr zugrunde gelegten Daten sowie deren Ermittlung nachvollziehbar darzustellen. Die Gesellschaft wird die ordnungsmäßige Abrechnung der Konzessionsabgabe im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen bestätigen lassen, die Stadt erhält eine Bestätigung des Abschlussprüfers.
- (7) Die Stadt erhält einen Preisnachlass für ihren in Niederdruck abgerechneten Eigenverbrauch in Höhe von 10 % des Rechnungsbetrages für den Netzzugang. Zum Eigenverbrauch zählt auch der Verbrauch der Eigenbetriebe der Stadt.

§ 5

Bau und Betrieb von Verteilungsanlagen

- (1) Die Gesellschaft und die Stadt werden bei ihren Planungen und Baumaßnahmen aufeinander Rücksicht nehmen. Die Gesellschaft wird bei ihrer örtlichen Ausbauplanung Vorgaben der Stadt im Rahmen ihrer Planungshoheit zur örtlichen Energieversorgung vorrangig berücksichtigen.
- (2) Die Gesellschaft errichtet die Verteilungsanlagen im Stadtgebiet nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und hält diese in einwandfreiem, betriebsfähigem Zustand. Sie wird die Verteilungsanlagen so planen, errichten, instand halten und betreiben, dass eine sichere und wirtschaftliche Betriebsweise möglich ist. Dabei wird sie die Belange des Umweltschutzes in angemessener Weise berücksichtigen.
- (3) Die Gesellschaft wird die Stadt so rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen an den Verteilungsanlagen informieren, dass die Stadt ausreichend Zeit zu einer Stellungnahme hat. Die Stadt kann eine Änderung der Planung verlangen, wenn berechnete Interessen der Stadt vorliegen. Ebenso wird die Stadt die Gesellschaft

rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen informieren, die Einfluss auf vorhandene Verteilungsanlagen oder deren Planung haben können. Sofern die Arbeiten der unaufschiebbaren Behebung von Störungen oder Schäden dienen, ist die Unterrichtung des jeweils anderen Vertragspartners unverzüglich nachzuholen. Die Gesellschaft und die Stadt werden zur Abstimmung von Baumaßnahmen jährliche Informationsgespräche durchführen, die bei Bedarf durch vierteljährliche Aktualisierungsgespräche ergänzt werden.

- (4) Die Gesellschaft zeigt der Stadt die Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Verteilungsanlagen zwei Monate vor dem beabsichtigten Beginn der Bauarbeiten schriftlich und unter Vorlage von Plänen an. Wenn die Stadt nicht innerhalb von vier Wochen nach Eingang der vollständigen Anzeige bestimmte Änderungswünsche, die im öffentlichen Interesse liegen oder sonstige wesentliche Belange der Stadt betreffen, vorbringt, darf die Gesellschaft das Bauvorhaben durchführen. Andernfalls hat die Gesellschaft die Änderungswünsche der Stadt zu berücksichtigen, soweit sie technisch durchführbar sind und nicht zu einer gegenüber den städtischen Belangen unangemessenen Verzögerung oder Verteuerung des Bauvorhabens führen. Bei Baumaßnahmen geringen Umfangs (insbesondere Herstellung von Netzanschlüssen) genügt eine rechtzeitige Anzeige bei der Stadt unter Angabe des Ausführungszeitpunkts und des ausführenden Tiefbauunternehmens sowie Vorlage eines Lageplans.
- (5) Die Stadt wird der Gesellschaft bei der Trassenfindung und der Erlangung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen für den Bau von Verteilungsanlagen sowie beim Erwerb von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken Dritter im Stadtgebiet unterstützen. Der Stadt entstehen dabei keine Kosten.
- (6) Die Gesellschaft hat bei Bauarbeiten die städtischen Anlagen nach Weisung der Stadt zu sichern und wiederherzustellen. Die gleiche Verpflichtung trifft die Stadt hinsichtlich der Verteilungsanlagen der Gesellschaft. Die Stadt weist ihrerseits für sie tätige Dritte an, bei ihren Arbeiten betroffene Verteilungsanlagen der Gesellschaft entsprechend zu behandeln.
- (7) Nach Beendigung der Bauarbeiten wird die Gesellschaft die benutzten Grundstücke, Flächen oder Bauwerke nach Maßgabe der jeweils allgemein anerkannten Regeln der Technik wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen oder, sofern die Stadt es wünscht, an Stelle der Wiederherstellung eine entsprechende Entschädigung leisten. Für die von der Gesellschaft ausgeführten Bauarbeiten gilt eine Gewährleistungsfrist von fünf Jahren. Sie beginnt mit der Abnahme der wiederhergestellten Oberflächen durch die Stadt, spätestens jedoch 1 Monat, nachdem der Stadt der Abschluss der Bauarbeiten schriftlich mitgeteilt wurde und die Stadt nicht widersprochen hat.

- (8) Die Gesellschaft führt ein Bestandsplanwerk über ihre in der Stadt vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen, aktuellen technischen Standard. Sie stellt der Stadt jährlich in digitaler Form eine aktualisierte Übersicht über die im Stadtgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei der Gesellschaft üblichen Form unentgeltlich zur Verfügung. Dies entbindet die Stadt nicht von ihrer Pflicht, vor der Ausführung von Bauarbeiten das Vorhandensein sowie die genaue Lage von Verteilungsanlagen der Gesellschaft im Arbeitsbereich bei dieser zu erfragen. Im Übrigen erhält die Stadt auf Anfrage wie jeder Dritte Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes.
- (9) Die Stadt kann die Beseitigung endgültig stillgelegter Verteilungsanlagen auf Kosten der Gesellschaft verlangen, wenn von ihnen Gefahren ausgehen oder Behinderungen von Baumaßnahmen der Gemeinde entstehen. Werden Verteilungsanlagen von der Gesellschaft stillgelegt, wird dies im Bestandsplanwerk gem. Abs. 8 dokumentiert.

§ 6

Änderung der Verteilungsanlagen

- (1) Die Stadt kann eine Änderung der Verteilungsanlagen verlangen, sofern die Änderung aus Belangen der Stadt erforderlich ist. Die Stadt wird die Gesellschaft von allen Maßnahmen, die eine Änderung von Verteilungsanlagen notwendig machen, rechtzeitig informieren und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Stadt und die Gesellschaft stellen gemeinsam sicher, dass die jeweilige Änderung zum beiderseitigen Vorteil auf das durch das städtische Interesse gebotene Maß beschränkt und der angestrebte Zweck mit den für beide Seiten geringsten Aufwendungen erreicht wird.
- (2) Die Kosten für Änderungen nach Abs. 1 werden wie folgt getragen:
- In den ersten fünf Jahren nach der Errichtung, Erneuerung oder Umverlegung der geänderten Verteilungsanlagen trägt die Stadt 50 % der Kosten, die Gesellschaft 50 % der Kosten, soweit sie nicht als Erschließungsbeitrag im Sinne des Baugesetzbuchs oder aufgrund anderer gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen Dritten auferlegt werden können, von Dritten bezuschusst werden oder die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten hat.
 - Ab dem 6. Jahr trägt die Gesellschaft die Kosten vollständig, soweit sie nicht als Erschließungsbeitrag im Sinne des Baugesetzbuchs oder aufgrund anderer gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen Dritten auferlegt werden können, von Dritten bezuschusst werden oder die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten hat.

Als Erneuerung gelten alle Erhaltungsmaßnahmen, die dazu führen, dass eine Verteilungsanlage als überwiegend neuwertig bezeichnet werden kann.

- (3) Wenn nicht dinglich gesicherte Verteilungsanlagen auf Grundstücken Dritter infolge planerischer Festlegungen der Stadt (z. B. wegen der Aufstellung eines Bebauungsplans) verlegt werden müssen, findet Abs. 2 entsprechend Anwendung, es sei denn, in einem Gestattungsvertrag ist eine abweichende Regelung getroffen.

§ 7

Haftung

- (1) Die Gesellschaft haftet der Stadt nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die bei der Errichtung, Änderung, Entfernung oder dem Betrieb von Verteilungsanlagen der Gesellschaft entstehen. Soweit es hierbei auf ein Verschulden ankommt, wird die Gesellschaft nur dann von der Haftung frei, wenn sie fehlendes Verschulden nachweist. Die Gesellschaft stellt die Stadt von allen Ansprüchen, insbesondere Entschädigungs- und Schadenersatzansprüchen, die Dritte der Stadt gegenüber im Zusammenhang mit dem Bau oder dem Betrieb der Verteilungsanlagen geltend machen, insoweit frei, als die Stadt im Außenverhältnis haftet. Die Stadt wird solche Ansprüche Dritter nur mit Zustimmung der Gesellschaft anerkennen oder vergleichsweise regeln. Etwaige Rechtsstreitigkeiten wird die Stadt im Benehmen mit der Gesellschaft führen. Die Gesellschaft trägt in diesem Falle alle der Stadt zur Last fallenden gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten. Sie muss die ergehende Entscheidung gegen sich gelten lassen.

Die vorstehenden Regelungen berühren nicht die Haftungsregelungen für Unterbrechungen oder Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnutzung.

- (2) Die Stadt haftet der Gesellschaft für Beschädigungen ihrer Verteilungsanlagen nach den gesetzlichen Bestimmungen; die Ersetzpflicht für die Wiederherstellung der beschädigten Anlagen ist auf die dafür entstehenden Selbstkosten der Gesellschaft beschränkt.

§ 8

Vertragsdauer

- (1) Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2012 und endet am 31.12.2031.

- (2) Die Stadt ist drei Jahre vor Vertragsablauf berechtigt, von der Gesellschaft anhand von Plänen Aufschluss über Bestand und Umfang der Verteilungsanlagen für die allgemeine Versorgung zu erhalten. Der Auskunftsanspruch umfasst insbesondere:

- Anzahl der von § 46 Abs. 2 S. 2 EnWG erfassten Anlagegüter, aufgeteilt nach Kategorien,
- Altersstruktur der Anlagegüter des Gasversorgungsnetzes des Konzessionsgebiets (originäre historische Anschaffungs/Herstellungsjahre),

- Art und Besonderheiten des Rohrleitungsnetzes (z.B. verbaute Materialien) und der sonstigen Anlagegüter,
- Angaben zum Konzessionsgebiet einschließlich eines Netzplans mit Kennzeichnung z.B. der Netzverknüpfungspunkte und derjenigen Leitungen, welche nicht vom Überlassungsanspruch nach § 46 Abs. 2 S. 2 EnWG erfasst werden,
- Strukturdaten gemäß § 27 Abs. 2 GasNEV (Veröffentlichungspflichten des Netzbetreibers) bezogen auf das Konzessionsgebiet, also insbesondere:
 1. die Länge des Gasleitungsnetzes jeweils getrennt für die Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckebene zum 31. Dezember des Vorjahres,
 2. die Länge des Gasleitungsnetzes in der Hochdruckebene nach Leitungsdurchmesserklassen,
 3. die im Vorjahr durch Weiterverteiler und Letztverbraucher entnommene Jahresarbeit in Kilowattstunden oder in Kubikmetern,
 4. die Anzahl der Ausspeisepunkte jeweils für alle Druckstufen und
 5. die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen in Megawatt oder Kubikmetern pro Stunde und den Zeitpunkt des jeweiligen Auftretens;

sowie

- das Konzessionsabgabenaufkommen (getrennt nach den jeweiligen Tarif- und Sondervertragskunden).

§ 9

Erwerb der Verteilungsanlagen durch die Stadt

- (1) Die Stadt hat das Recht, nach Ablauf des Vertrages die für den Betrieb der allgemeinen Versorgung im Stadtgebiet notwendigen und im Eigentum der Gesellschaft stehenden notwendigen Verteilungsanlagen im Sinne von § 1 Abs. 1 S.1 von der Gesellschaft zu erwerben. Will die Stadt von diesem Recht Gebrauch machen, teilt sie dies der Gesellschaft spätestens 1 Jahr vor Vertragsende schriftlich mit.
- (2) Hat die Stadt vor Vertragsende ihre Erwerbsabsicht mitgeteilt, so bedürfen alle ab diesem Zeitpunkt von der Gesellschaft beabsichtigten Investitionen im Stadtgebiet, wenn es sich nicht um ausschließliche Fern- und Durchgangsleitungen handelt, der Zustimmung der Stadt. Die Stadt und die Gesellschaft vereinbaren rechtzeitig eine Bagatellgrenze.
- (3) Die Stadt ist in den Fällen des Abs. 1 Satz 1 verpflichtet, alle in Abs. 1 Satz 1 genannten Verteilungsanlagen der Gesellschaft zu erwerben. Alle übrigen Verteilungsanlagen verbleiben bei der Gesellschaft. Hinsichtlich der Anlagen, die

teilweise der Versorgung der Stadt dienen, werden die Stadt und die Gesellschaft im Rahmen des Entflechtungskonzepts eine angemessene Lösung herbeiführen.

- (4) Das Erwerbsrecht der Stadt ist mit allen hieraus resultierenden Rechten und Pflichten auf Dritte übertragbar.
- (5) Die erforderliche Trennung der nach Abs. 3 Satz 1 von der Stadt zu erwerbenden und der nach Abs. 3 Satz 2 bei der Gesellschaft verbleibenden Verteilungsanlagen ist von der Gesellschaft auf eigene Kosten so durchzuführen, dass die Einbindung der von der Stadt erworbenen Verteilungsanlagen in das vorgelagerte Netz möglich ist. Die Entflechtung ist unter Beachtung der netztechnischen Erfordernisse so vorzunehmen, dass sich hinsichtlich der Versorgungssicherheit weder in dem von der Stadt erworbenen Netz noch im Netz der Gesellschaft eine Verschlechterung ergibt.
- (6) Als Kaufpreis ist der Sachzeitwert vereinbart. Bei der Ermittlung des Kaufpreises sind die von Anschlussnehmern, der Stadt oder Dritten geleisteten und noch nicht aufgelösten Ertragszuschüsse oder ähnlichen Entgelte, insbesondere der Wert unentgeltlich der Gesellschaft von Erschließungsträgern übertragenen Anlagen, zu berücksichtigen. Wenn und soweit der Sachzeitwert den Ertragswert übersteigt, ist der niedrigere Ertragswert vereinbart. Der Ertragswert errechnet sich auf der Grundlage der Stromnetzentgeltverordnung sowie der Anreizregulierungsverordnung in der zum Zeitpunkt des Netzerwerbs jeweils gültigen Fassung; Regelungen für die dann anstehende neue Vertragslaufzeit sind zu berücksichtigen. Sollte aufgrund höchstrichterlicher Rechtssprechung ein anderer Wertermittlungsmaßstab anerkannt sein, ist dieser maßgeblich (z.B. der kalkulatorische Restwert). Der Kaufpreis versteht sich zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (7) Der Kaufpreis für die Verteilungsanlagen ist Zug um Zug gegen die Übereignung der Verteilungsanlagen zu zahlen.
- (8) Hinsichtlich der nach Abs. 3 Satz 2 bei der Gesellschaft verbleibenden Verteilungsanlagen bleiben die der Gesellschaft eingeräumten Rechte nach diesem Vertrag bis zu einer vertraglichen Neuregelung bestehen. Über die Einzelheiten der weiteren Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrswege werden die Stadt und die Gesellschaft eine besondere Vereinbarung abschließen; dazu gehört auch die Festlegung einer angemessenen Vergütung, soweit diese gesetzlich zulässig ist.

§ 10

Kosten

Etwaige Gebühren oder sonstige Abgaben, die infolge eines Abschlusses dieses Vertrages sowie für Maßnahmen zur Herbeiführung oder Erhaltung seiner Rechtswirksamkeit zu zahlen sind, werden von der Gesellschaft getragen.

§ 11

Allgemeine Regelungen

- (1) Die Vertragspartner können ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ganz oder teilweise nur mit Zustimmung des anderen Vertragspartners auf einen Rechtsnachfolger übertragen.
- (2) Wenn nach der Unterzeichnung dieses Vertrages ein anderes Unternehmen einen beherrschenden Einfluss im Sinne der Definition des § 17 AktG auf die Gesellschaft ausüben kann, steht der Stadt ein Sonderkündigungsrecht zu. Die Gesellschaft unterrichtet die Stadt unverzüglich schriftlich von der Veränderung des beherrschenden Einflusses. Die Stadt kann im Falle des Satzes 1 bis spätestens 6 Monate nach der Unterrichtung nach Satz 2 mit einer Frist von 24 Monaten ab Kenntnis bzw. Unterrichtung diesen Vertrag kündigen.
- (3) Sollte es der Gesellschaft durch Gesetz oder Verwaltungsmaßnahmen ganz oder teilweise unmöglich werden, die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen für die von der Stadt eingeräumten Rechte zu erbringen, so wird die Gesellschaft im Rahmen des rechtlich Zulässigen der Stadt andere gleichwertige Leistungen gewähren, soweit die Gesellschaft durch den Wegfall oder die Beschränkung der genannten Vorschriften begünstigt wird. Die Art und Weise der dann zu erbringenden Leistungen wird zwischen den Vertragspartnern vereinbart.
- (4) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Bestimmung zu ersetzen. Dies gilt entsprechend für den Fall einer Regelungslücke.
- (5) Bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug dieses Vertrages werden die Vertragspartner eine gütliche Einigung anstreben. Gelingt dies nicht, so entscheiden die ordentlichen Gerichte, sofern sich beide Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachters einigen.
- (6) Gerichtsstand ist Neustadt am Rübenberge.
- (7) Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.
- (8) Der Gesellschaft wird das Recht eingeräumt, die Rechte und Pflichten aus dem Wegerutzungsvertrag an eine zu gründende Gesellschaft, die ausschließlich der

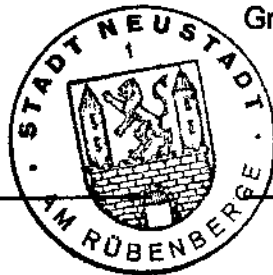
Gesellschaft gehört, für das Stadtgebiet der Stadt Neustadt am Rbge. zur Ausübung zu überlassen. § 9 dieses Vertrages bleibt von dieser Regelung unberührt.

Neustadt a. Rbge., den 28. Dezember 2011

Stadt Neustadt a. Rbge.
Der Bürgermeister
In Vertretung



Ernst Kerger



Stadwerke Neustadt a. Rbge.
GmbH & Co. KG



Helmut Eisbrenner

Anlage 1: Netzgebiet / Karte



Stadt
NEUSTADT

am Rübenberge
Versorgungsgebiet Gas
Stadtgebiet Neustadt a. Rbge.
ohne Schneeren und Mardorf

